



Kölner MieterInnen gegen Aufwertung und Verdrängung

Der Fall von Karl-Heinz „Kalle“ Gerigk hat bundesweit Schlagzeilen gemacht. Mit einer offensichtlich vorgeschobenen Eigenbedarfsklage soll Kalle aus einer Wohnung im begehrten Agnes-Viertel in der nördlichen Innenstadt vertrieben werden, damit diese in ein Loft umgewandelt und teurer verkauft werden kann. Kalle hat juristisch verloren. Aber die Initiative *Recht auf Stadt* hat beschlossen, Kalle zu unterstützen und Widerstand gegen die Zwangsräumung zu leisten. Durch eine friedliche Blockade von 300 Menschen konnte ein erster Räumungsversuch im Februar 2014 verhindert werden.

Der Fall Kalle hat viele ermutigt. Immer mehr MieterInnen in Köln wehren sich gegen steigende Mieten, Luxussanierung und Verdrängung. Über Jahre wurden die Schlagzeilen von Meldungen über steigende Mieten beherrscht. Jetzt dominieren Meldungen über den Widerstand der MieterInnen.

ZOLLSTOCK. GAG-Mieterrat

Die GAG will von 2014 bis 2016 Häuser am Höniger Weg mit 247 Wohnungen grundlegend sanieren. Bäder sollen verändert, neue Leitungen, Türen und Fenster eingebaut werden. Die Folgen wären Mietsteigerungen um bis zu 60%, die Mieten würden durchschnittlich auf 8,50 Euro/qm steigen. Viele jetzige MieterInnen werden sich die Wohnungen nicht mehr leisten können. Allein der Ein-

bau von Fenstern mit hölzernen Sprossen macht einen großen Teil der Mietsteigerung aus – obwohl brauchbare Fenster von einigen Jahren eingebaut wurden.

Die Beteuerung der GAG, sie wolle alle MieterInnen halten, scheint vorgeschoben. Die Verdrängung ist kein Nebeneffekt, sondern der eigentliche Zweck einer solch umfassenden Sanierung. Die Zollstocker MieterInnen wollen sich das nicht gefallen lassen und haben einen Mieterrat gegründet, sind an die Öffentlichkeit gegangen und haben Gespräche mit der GAG geführt, um die Sanierung bzw. Teile davon zu verhindern.

KALK. R12 bleibt!

Das Haus in der Robertstr. 12 nahe Kalk Post ist seit Jahrzehnten vernachlässigt worden. Die MieterInnen selbst haben es instand gehalten. Durch einen Streit innerhalb der Erbgemeinschaft des Vermieters kam es zum Verkauf. Die MieterInnen wollten das Haus selbst kaufen, um es dem Markt zu entziehen, aber diese Möglichkeit wurde ihnen nicht gegeben, das Haus wurde an einen neuen Besitzer verkauft. Die MieterInnen fürchten eine teure Sanierung und in der Folge ihre Verdrängung und wollen um ihr Haus kämpfen. Bei einem Protest gegen einen Investoren-Besichtigungstermin waren 150 Menschen auf der Straße.



Sozialistische Alternative Köln

www.sav-koeln.de, koeln@sav-online.de

Visdp. Info. Kontakt: Georg Kümmel, c/o SAV Köln, Körnerstr. 77-79, 50825 Köln

ZOLLSTOCK. Pfälzer Straße gegen den Abriss

Die *Köln Grund GmbH* will zwei Wohnhäuser in der Pfälzer Straße abreißen. Die MieterInnen wollen das nicht hinnehmen und sind an die Öffentlichkeit gegangen. Angeblich ist die Bausubstanz marode, eine Renovierung würde sich nicht mehr lohnen. Tatsächlich ist die Vertreibung der MieterInnen das Mittel, um höhere Profite zu erzielen.

EHRENFELD. Seltsame Genossenschaft

Auch Genossenschaften können sich wie Immobilienspekulanten verhalten. Am Melatengürtel werden über 200 Wohnungen abgerissen, auch hier begründet mit baulichen Mängeln. Doch diese Häuser ließen sich ohne Zweifel renovieren. Auch der *Wohnungs-Genossenschaft Köln 1896* geht es wohl um einen durch Abriss erzwungenen Mieteraustausch, um die Mieten in die Höhe zu treiben. Dieser Kampf scheint verloren, aber die MieterInnen haben immerhin das Vorgehen der Genossenschaft öffentlich gemacht und dadurch geholfen, andere MieterInnen zu sensibilisieren.

CHORWEILER. Keine erneute Privatisierung!

2013 haben die BewohnerInnen der unter Zwangsverwaltung stehenden Häuser in Chorweiler gegen einen erneuten Verkauf an private Investoren protestiert. Eine Investorin hat die ehemals öffentlichen Wohnungen verkommen lassen. Die Häuser sind marode, die Fahrstühle defekt, die Mieterinnen und Mieter leiden unter kaputten Leitungen, Kälte und Müll. Allerdings ist die Besitzerin pleite. Die Häuser sollen zwangsversteigert werden. Der größte Gläubiger ist die *NRW.Bank*, das frühere Sondervermögen Wohnungsbau des Landes NRW. Die *NRW.Bank* behält sich vor, die Häuser an Investoren zu verkaufen anstatt unter Verantwortung von Land und Kommune die Situation der MieterInnen zu verbessern.

Widerstand lohnt sich

Schon nach wenigen Monaten wird deutlich: Widerstand lohnt sich. Die GAG ist in Zollstock unter Druck und Beobachtung, die Wohnung von Kalle Gerigk konnte monatelang dem Zugriff der Spekulanten entzogen werden.

Die Mitglieder der SAV Köln haben dabei geholfen, die Initiative *Recht auf Stadt* zu gründen und aufzubauen. Wir setzen uns innerhalb der Partei *Die LINKE* für ein antikapitalistisches Mieten- und Wohnungs-Programm ein.

Wir treten dafür ein, den Widerstand der MieterInnen in Köln weiter zu vernetzen und den Druck auf die Stadt und die Vermieter zu erhöhen.

Die SAV Köln kämpft für:

Mietenanstieg stoppen – keine Luxussanierungen, keine Verdrängung.

Anwendung von Milieuschutzsatzungen durch die Stadt in allen von Aufwertung bedrohten Stadtteilen, um teure Aufwertungen oder Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verhindern.

Kein Abriss von brauchbaren Häusern, um sie durch Neubauten mit teureren Wohnungen zu ersetzen.

Stopp aller Zwangsräumungen.

GAG zu 100% in städtischen Eigenbetrieb umwandeln, von der Börse nehmen und zum Bau von 1.000 Sozialwohnungen jährlich verpflichten.

Aufbau eines zusätzlichen kommunalen Wohnungsbetriebes oder Wohnbaufonds zum Bau von 3.000 Wohnungen jährlich, mit unbefristeter günstiger Kostenmiete.

Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum, keinen Verkauf von für den Wohnungsbau brauchbarer städtischer Flächen an private Investoren.

Stadtentwicklung für den Profit stoppen – Gebiete nicht durch private Investoren entwickeln, sondern durch die Stadt, Schutz kultureller Einrichtungen.

Überführung der unter Zwangsverwaltung stehenden Hochhäuser in Chorweiler in kommunales Eigentum.

Preisstopp bei den Nebenkosten: Keine Erhöhung der Kosten für Energie, Wasser und Entsorgung durch die städtischen Betriebe wie RheinEnergie und AWB bis 2016, Preissteigerungen danach nur bis zur Höhe der durchschnittlichen Einkommenssteigerung von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und SozialleistungsempfängerInnen.